

p.B.72.9.15.1(24) - WI/HME

CK 18. Mai 90 18

Bern, 7. Mai 1990

Notiz an Herrn Bundesrat FelberKSZE-Konferenz über Minderheiten: eine Rolle für die Schweiz ?

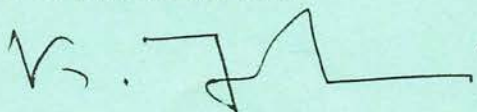
1. Die Minderheitenfragen in Europa werden zu einem der wichtigsten politischen Themen in der unmittelbaren Zukunft. Je mehr das Blockdenken schwindet, desto mehr melden sich diese Fragen an. Und es ist Aufgabe demokratischer Staaten, darauf Antworten zu finden, die der Demokratien würdig sind.
2. Von ihrer politischen Kultur her hat die Schweiz zur Lösung von Minderheitenproblemen mehr zu bieten als andere Staaten. Zwar gibt es in den meisten westeuropäischen Ländern irgend eine sprachliche, religiöse oder ethnische Minderheit. Und jeder Staat muss versuchen, diese Probleme zu lösen. Aber die Minderheitenfragen sind selten eine derart zentrale Angelegenheit wie in der Schweiz. Bei uns gehören sie zum Kern des Staatswesens. Ohne Minderheiten gäbe es die Schweiz nicht.
3. Wenn man diese beiden Annahmen teilt, nämlich dass das Minderheitenproblem in nächster Zeit ein vorrangiges Problem ist und dass die Schweiz eine besondere Zuständigkeit auf diesem Gebiet besitzt, darf man sich fragen, ob unser Land nicht eine politische Initiative ergreifen sollte, um zur Lösung dieser Probleme seinen Beitrag zu leisten. Ein erstes Erkundungsgespräch auf Expertenebene mit den andern Neutralen hat ergeben, dass diese unsere Ansicht teilen, wonach das Minderheitenproblem sich vorrangig stelle und die Aufmerksamkeit innerhalb der KSZE raschestmöglich auf diesen Themenkreis gelenkt werden müsse.
4. Wir möchten Ihnen deshalb folgenden Vorschlag unterbreiten:
  1. Die Schweiz verfasst im Hinblick auf die Kopenhagener Konferenz über die menschliche Dimension (5. - 29.6.1990) einen Vorschlag, wonach der geplante KSZE-Gipfel ein Mandat für eine KSZE-Sonderkonferenz über die Minderheitenprobleme erteilen soll.
  2. Die Schweiz bietet ihre Bereitschaft an, als Gastgeber für diese Konferenz aufzutreten.
  3. Wann und in welchem Rahmen diese Konferenz durchgeführt würde, hängt wesentlich von der Kopenhagener Konferenz ab. In groben Umrissen wäre an die erste Hälfte 1991 und an eine dreiwöchige Konferenz zu denken.
  4. Sofern Sie den Vorschlag genehmigen, wären die Vorbereitungsarbeiten in zwei Richtungen voranzutreiben:



- 2 -

- intern: a) Abklärung, welche Art von Infrastruktur erforderlich ist, damit die Schweiz die Konferenz durchführen kann;  
b) Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Prüfung von inhaltlichen Vorschlägen, welche die Schweiz auf der Konferenz einbringen kann;
  - extern: erste informelle Gespräche mit andern Staaten, um zu sehen, auf welche Erfolgschancen die schweizerische Initiative stossen dürfte. Erste Angaben von den andern neutralen Staaten deuten darauf hin, dass diese unsere Initiative voll unterstützen würden.
5. Sofern die externen wie die internen Erkundigungen positiv verlaufen, könnten Sie die schweizerische Initiative während Ihres Auftrittes in Kopenhagen ankündigen.
6. Wir sind Ihnen dankbar für einen Entscheid, ob wir die Erkundigungen im vorgeschlagenen Sinn vorantreiben können.

Der Staatssekretär



K. Jacobi

Kopien: MA, KJP, SRU, SIN, GRN, DY, KSZE-Dienst

CK 8 Mai 90 18